

Skepsis bei SP – Offenheit bei FDP

Parteien reagieren auf den Vorschlag eines Busbetriebs im Waldenburger Tal

Von Daniel Wahl

Liestal. Wenn Hanspeter Weibel (SVP) an der Landratsitzung vom 19. November über die Spurerweiterung der Waldenburgerbahn (WB) von 75 auf 100 Zentimeter diskutieren muss, wird er die Rückweisung des Geschäfts beantragen. Selber hat er zwar mit anderen Landräten genau diesen Auftrag gegeben, die Spurerweiterung zu überprüfen, um den Spareffekt gegenüber der herkömmlichen Sanierung rechnen zu lassen. Aber jetzt, wo klar ist, dass die Erneuerung des Trassees 200 Millionen Franken Steuergeld kosten wird und betriebswirtschaftlich immer noch besser ist, als auf der exotischen Schmalspur weiterzufahren, soll die Politik das «Waldenburgerli» fallen lassen. Der Regierung würde Weibel mit seinem Rückweisungsantrag gleichzeitig den Auftrag geben, die Kosten einer Erschliessung des Waldenburger Tals mit dem Bus zu berechnen. Mit anderen Worten: Weibel schlägt dem Waldenburger Tal den Bus statt die Bahn vor (BaZ von gestern).

Mit einer Busschnellverbindung von Waldenburg nach Liestal, ab Niederdorf ohne Halt bis zum Stedtl-Bahnhof und mit einer zusätzlichen «Sammellinie» ab Oberdorf nach Liestal könnten die Passagiere problemlos auf der Strasse befördert werden, glaubt Weibel. Um die verstopften Strassen rund um Liestal zu umgehen, schlägt er vor, das bisherige Waldenburgerbahn-Trasse zwischen Altmarkt und Bahnhof exklusiv für den Bus zu reservieren. Den Freunden der historischen Dampfbahn würde man die Strecke Altmarkt–Waldenburg als touristische Attraktion überlassen und eine Betreiber-Gesellschaft mit bis zu zehn Millionen Franken ausstatten. Mit dem Systemwechsel könnte das Baselbiet mehrere Millionen sparen.

BLT könnte Zahlen liefern

Die Idee kommt der BLT, welche die WB übernommen hat, nicht gelegen. Ob mit oder ohne Spurerweiterung – die Strecke müsste ohnehin binnen sieben Jahren saniert werden. Man sei damit jetzt schon ein Jahr im Verzug, lässt BLT-Direktor Andreas Büttiker durchblicken. Bis sich die Politik im Klaren sei, ob sie Bus statt Bahn wolle, um dann gegebenenfalls doch bei der Bahn zu bleiben, würde weitere wertvolle Zeit verstreichen. Die BLT sei aber in der Lage, Zahlen für eine Busvariante innerhalb Wochen vorlegen zu können.

Klaus Kirchmayer, Landrat der Grünen, hält Weibels Ansinnen «für prü-



Hohe Investitionen für wenige Einwohner. Unter den heutigen wirtschaftlichen Gesichtspunkten erhalte das Waldenburger Tal keine Bahn mehr. Foto Moira Mangione

fenswert»: «Investitionen von 200 Millionen Franken für ein Tal von bloss 14'000 Einwohnern sind es wert, dass man alle Optionen vorurteilsfrei analysiert», zumal es heute umweltfreundliche Busse gebe.

Noch kein Geld ausgegeben

Überlegungen für einen Busbetrieb hat die FDP schon gemacht. «Es ist noch nicht zu spät, darauf zurückzukommen», sagt Fraktionspräsident Rolf Richterich. Letztlich sei es «ein Irrsinn», bloss für täglich ein paar Tausend Gäste 200 Millionen zu investieren. Schon beim «Läufelfingerli», der S9, sei die FDP die einzige Partei gewesen, die sich für einen massvollen Einsatz von Geldern im ÖV eingesetzt habe.

Die SP hingegen gibt sich «skeptisch». Fraktionspräsidentin Kathrin Schweizer spricht von einer «Reduktion des Fahrkomforts» bei einem Systemwechsel und Hannes Schweizer, der heute als Präsident in der Bau- und Planungskommission das Geschäft vorbereitet, hält gar nichts von Weibels Idee. «4300 Unterschriften für den Erhalt einer Schmalspurbahn sind ein starkes Signal für die Beibehaltung des Ist-Zustandes.» Für Schweizer kommt der Vorschlag auch zur Unzeit – nachdem der Landrat im 2010 und 2013 zwei Mal die Gelegenheit gehabt hätte, die Vari-

ante Bus ins Spiel zu bringen. «Auch Weibel hat damals für die Bahn gestimmt», sagt Schweizer.

Von der Idee eines Busbetriebs regelrecht angetan ist alt Landrat Gerhard Schafroth (GLP). «Das ist eine ernsthafte Alternative, die vor dem Entscheid seriös abzuklären ist. Nicht einverstanden bin ich mit Weibels Grosszügigkeit, dem Dampfverein locker ein paar der eingesparten Millionen zu überlassen. Wenn dem Waldenburger Tal die Dampfbahn so wichtig ist, sollen die Bewohner dies selber bezahlen.» Die Dampfbahnfreunde seien auch gefordert, ein klares Konzept – insbesondere für die Finanzierung – vorzulegen.

Würde man dem Vorschlag Weibels den Vorzug geben, wäre die Strecke Altmarkt–Waldenburg also frei für die Dampflok Gedeon Thommen, die Thematik Spurerweiterung, die das Aus für den Dampfbetrieb bedeutet hätte, wäre vom Tisch. Für den Präsidenten des Vereins Dampfzug Waldenburgerbahn (VDWB), Waldenburgs alt Gemeindepresident Kurt Grieder, klingt der Vorschlag Weibels deshalb verlockend. «Aber nur auf den ersten Blick. Der Verein müsste sich auf die neuen Möglichkeiten erst einstellen.» Aber man habe sich nun mal klar mit Ja für einen Bahnbetrieb im Tal ausgesprochen. So kämpfe man primär für den Erhalt der WB.

Eklat und Neuwahl im Alterszentrum

Bodenacker prüft neue Wege für Zukunft

Von Dina Sambar

Breitenbach. Zunächst deutete nichts auf den Eklat hin, der sich am Dienstagabend im Alterszentrum Bodenacker (AZB) abspielen sollte. Plaudernd trudelten die Delegierten des AZB im grossen Saal ein, auch wenn ihnen wohl schon im Vorfeld klar gewesen sein dürfte, dass es keine einfache Versammlung werden würde. Denn das Alterszentrum steckt in einer Krise. Praktisch zeitgleich haben im Sommer der Heimleiter und der Präsident des Zweckverbandes gekündigt beziehungsweise demissioniert. Ein Teil des Vorstands wollte die Gelegenheit nutzen, um eine Fusion, beispielsweise mit dem Zentrum Passwang, zu prüfen.

Doch vor allem die Vertreter der Gemeinde Grindel waren mit dem Vorgehen des Vorstands alles andere als einverstanden. Sie forderten in einer Motion die möglichst rasche Einsetzung eines eigenen Heimleiters. Und das Präsidium solle nicht durch Interimspräsidentin Wally Allemann, sondern durch Vorstandsmitglied Marco Saner besetzt werden. Am Dienstagabend kam es an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung zur Entscheidung.

Wahl als Präsidentin verhindern

Nach einer letzten Zigarette im Raucherräumchen betrat Wally Allemann den Saal. Sie sei sehr nervös gewesen, sagt sie später, wusste sie doch, dass die Vertreter aus Grindel ihre Wahl als Vorstandspräsidentin verhindern wollten. Und so begründete Reinhard Studer, Delegierter aus Grindel, die Motion auch mit der Frage: «Sollen tatsächlich Personen die Zukunft gestalten, die durch Passivität statt durch aktives Handeln aufgefallen sind?» In der Motion ist die Rede von finanziellen Verfehlungen und Führungsmängeln des Heimleiters. Den Verantwortlichen im Vorstand wird vorgeworfen, nichts gegen diese Missstände unternommen zu haben, obwohl sie darüber informiert worden seien. Zudem widerspreche die Prüfung eines Zusammenschlusses mit einer anderen Organisation den Statuten.

Von dieser Passivität habe er nichts bemerkt, sagte der Breitenbacher Gemeindepräsident Dieter Künzli, der Delegierter, aber gleichzeitig auch Vor-

standspräsident des interkantonalen Zweckverbandes Zentrum Passwang ist. Es sei nicht gut, den Vorstand strategisch festlegen zu wollen: «So macht ihr ihn zum Hampelmann», sagte Künzli. Der Vorstand habe seine Lehren aus den Vorkommnissen gezogen, nun solle man ihn alle Varianten prüfen lassen. Mit dem was wiederum Gerold Borer, Vorstandsmitglied aus Grindel, nicht einverstanden: «Das ist ein Aufruf zur Anarchie! Wir haben Statuten, und an die müssen wir uns halten.» Allerdings stand Borer mit dieser Meinung auf verlorenem Posten. Die Motion von Grindel wurde mit 26 zu 2 Stimmen als nicht erheblich erklärt.

Viel Lob nach harscher Kritik

Für Borer war das zu viel: «Ich kann nicht nachvollziehen, dass ihr diesem Vorstand das Vertrauen schenkt. Ich kann mit diesen Leuten nicht zusammenarbeiten. Deshalb trete ich sofort zurück.» Bevor er dies jedoch tat, machte er seinem Ärger Luft. Er kritisierte das eigenmächtige Gebaren des ehemaligen Präsidenten, den Charakter der Interimspräsidentin und weitere Personen, bis ein Grossteil der Delegierten zu murren begann und «jetzt reicht langsam!» gerufen wurde. Borer wartete das Ende der Versammlung nicht ab, sondern verliess den Saal.

Wally Allemann übergab die Angriffe und leitete zu den Wahlen über. Ab dann waren fast alle Anwesenden einer Meinung. Sowohl ein neues Vorstandsmitglied wie auch die neue Vizepräsidentin und Allemann wurden mit 26 von 28 Stimmen gewählt. Der Vorstand wurde ermächtigt, alle strategischen Möglichkeiten zu prüfen.

Zum Schluss skizzierte Maya Andrey, eine unabhängige Expertin, die der Geschäftsleitung des AZB unter die Arme greift, die Lage des Alterszentrums. Das AZB sei ein «super Haus» mit engagierten Mitarbeitern und viel Platz. Als Möglichkeiten gebe es den Alleingang, die Kooperation, ein Joint Venture, die Fusion oder die Übernahme. Bei all diesen Möglichkeiten müsse man sich überlegen, wer dafür der richtige Partner sein könnte. Die Expertin empfahl, alle Alternativen gut abzuwägen.

Die frisch gekürte Präsidentin gönnte sich nach der turbulenten Versammlung als Erstes eine Zigarette.

Die Angelegenheit Ziegelhofareal bleibt weiterhin in der Schwebe

Stadtrat Franz Kaufmann bleibt aber weiterhin optimistisch

Von Thomas Gubler

Liestal. «Ich bin überzeugt, dass wird nicht zehn Jahre bleiben, wie es jetzt ist», sagte Stadtrat Franz Kaufmann (SP) gestern vor dem Liestaler Einwohnerrat. Der Vorsteher des Stadtbauamtes hatte die Interpellation «QP Ziegelhof – wie weiter?» von Thomas Eugster (FDP) und Diego Stoll (SP) zu beantworten. Nur, sehr viel Neues konnte Kaufmann dem Stadtparlament nicht erzählen. Es gebe laut der Investorin Bovida Invest AG Anhaltspunkte, dass sich das Ziegelhofareal auch ohne Coop als Ankermieter entwickeln lasse, aber mit konkreten Informationen wolle die Firma derzeit nicht an die Öffentlichkeit. Der Stadtrat sei mit der Investorin in periodischem Kontakt «und hofft bis Ende Jahr auf weitere Informationen».

Positiv hob der Bau-Stadtrat hervor, dass sich Coop zum Standort im Stedtl bekenne und den «Stabhof» zum gleichen Zeitpunkt um- und ausbauen wolle, wie die Rathausstrasse saniert werde. Ganz alle vermochte er allerdings nicht mit seinem Optimismus anzustecken. Stefan Fraefel (CVP) erklärte sich auch nach Franz Kaufmanns Votum «nicht zuversichtlich».

Der Vorstoss von Diego Stoll und Thomas Eugster geht zurück auf die Hiobsbotschaft von Anfang September, dass Coop nicht ins geplante Ziegelhof-

Center einziehen und stattdessen das bestehende Geschäft an der Rathausstrasse ausbauen werde. Coop hatte genau in jenem Moment das Handtuch geworfen, als der Quartierplan (QP) Ziegelhof in Rechtskraft trat. Dies, nachdem er jahrelang durch Rechtsmittel verzögert worden war. Die Ziegelhof-Investorin versuchte darauf zu beruhigen und sprach von zahlreichen Interessenten als mögliche Nachfolge-Ankermieter.

Ja zur Gemeinde-Initiative

Zuvor hatte der Einwohnerrat einstimmig Ja gesagt zur geplanten Gemeinde-Initiative für eine gerechtere Verteilung der Sozialhilfekosten unter den Gemeinden. Die unformulierte sogenannte Ausgleichs-Initiative sieht vor, 70 Prozent der Nettosozialhilfekosten aller Gemeinden des Kantons Basel-Stadt in einem Pool zusammenzufassen. Dieser Betrag würde dann auf alle Gemeinden nach ihrer Einwohnerzahl verteilt. 30 Prozent würden nicht umverteilt. Auf diese Weise könnte Liestal jährlich zwei Millionen Franken an Sozialhilfekosten einsparen.

Schliesslich erklärte Stadtpräsident Lukas Ott (Grüne) auf eine dringliche Interpellation hin, der Stadtrat werde sich im Hinblick auf das Budget 2016 der vom Landrat beschlossenen Lohnkürzung um ein Prozent für das Personal nicht anschliessen.

Fahrplan in Randregionen ausdünnen

Regierung stimmt beim ÖV aus Spargründen das grosse Streichkonzert an

Von Daniel Wahl und Christian Horisberger

Liestal. Als Strategiemassnahme «Senkung des Angebots an wenig wirtschaftlichen ÖV-Linien» hat die Regierung im Juli ihr Streichkonzert im ÖV angekündigt – jetzt hat die Verwaltung die Aufgabe umgesetzt und eine Vorlage ausgearbeitet. Man ist von der vom Landrat beschlossenen Leistungsbestellung abgewichen und hat Bus- und Zugverbindungen vorab bei hochgradig unrentablen Linien in Randregionen vom Fahrplan gestrichen. Eine knappe Million Franken will die Regierung mit der Massnahme einsparen. Unangetastet bleiben Linien, die über die Kantons-grenzen Solothurn und Aargau führen und mangels Auslastung durchaus auch dem Sparhammer hätten zum Opfer fallen könnten, erklärt Jörg Jermann, Leiter vom Amt für Mobilität.

Die Landratsvorlage zeigt konkret, wie die Fahrpläne um einen Drittel ausgedünnt werden sollen – auf der Bahnlinie S9 («Läufelfingerli»), auf den Buslinien 63 Dornach–Muttenz, 91 Waldenburg–Bretzwil, 92 Benwil–Hölstein, 93 Lampenberg–Lausen, 104 Gelterkinden–Zeglingen, 105 Böckten–Sissach, 109 Häfelfingen–Rümlingen und 119 Laufen–Dittingen–Blauen–Zwingen.

Betroffen sind vornehmlich Kurse an schlecht ausgelasteten Vor- und Nachmittagen. Das «Läufelfingerli» fährt nur noch in Spitzenzeiten jede

Stunde, sonst zweistündlich. Auch der erste Kurs (nach 5 Uhr) ist gestrichen.

Dem Läufelfinger Gemeindepräsidenten Dieter Forter macht der Kanton mit der geplanten Fahrplanausdünnung der S9 einen Strich durch die Rechnung. Seine Gemeinde sei daran, sich als attraktiver Wohnort zu etablieren; die nur acht Minuten Zugfahrt zum Verkehrsknoten Olten seien ein wichtiger Bestandteil des Standortmarketings. «Das ist unbezahlbar.» Daher habe er natürlich grosses Interesse daran, wenn am Stundentakt festgehalten wird.

Recht auf Dienstleistung

Über eine Optimierung einzelner Kurse könne man diskutieren, sagt Forter, «den 5.11-Uhr-Kurs nach Sissach am Sonntagmorgen würde wohl keiner vermissen». Ein Drittel weniger «Läufelfingerli» werde er jedoch keinesfalls kampflos hinnehmen. «Unsere Bevölkerung zahlt Steuern und hat dafür das Recht auf eine Dienstleistung, die diesen Namen auch verdient. Ich möchte kein Zweite-Klasse-Bürger sein.»

Der Gemeindepräsident will das Gespräch mit den Verantwortlichen suchen und möglichst auch den Kanton Solothurn einbeziehen: Läufelfingers Nachbargemeinde Wisen beispielsweise sei mit einem Postauto-Kurs an den Bahnhof Olten angebunden, obwohl die Verbindung via Läufelfingen zeitsparender wäre. Damit könnte die S9 wiederum besser ausgelastet werden.

Bedauern über die Leistungskürzung zeigt Landrat Hannes Schweizer, Präsident der Bau- und Planungskommission, weil die kleinen Gemeinden heute schon unter einem weniger attraktiven ÖV-Angebot litten. Ihm sei schon bewusst, dass es richtig sei, dort zu sparen, wo das Angebot am wenigsten genutzt werde. Umgekehrt werde aber genau dort ausgedünnt, wo am wenigsten politischen Widerstand zu erwarten ist.

Die Grünen, die für die Einführung des Taktfahrplans in den Gemeinden gekämpft haben, sind gegen diese Sparmassnahme. Landrat Klaus Kirchmayer sagt: «Die Massnahme wird die Attraktivität der Gemeinden massiv beschneiden. Primär leiden darunter die Schulkinder. Das lehnen wir rundweg ab.»

Als «Unsinn» und Affront für die Bewohner der betroffenen Gemeinden und des gesamten Stimmvolks bezeichnet Bálint Csontos, Gemeinderat in Ramlinsburg und Co-Präsident des Jungen Grünen Bündnisses, die vorgeschlagenen «Fahrplankürzungen in strukturschwachen Gemeinden».

Seiner Partei sind die Massnahmen insofern unverständlich, als dass dieselben Kürzungen vom Landrat 2012 bereits abgelehnt worden seien. Der neuerliche Angriff auf den öffentlichen Verkehr in abgelegenen Gemeinden zeuge von «grosser politischer Unverfrorenheit und Ignoranz», schreibt die Jungpartei weiter.